

# EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

---

*Plenarsitzungsdokument*

13.6.2007

B6-0242/2007

## **ENTSCHLIESSUNGSANTRAG**

eingereicht im Anschluss an Erklärungen des Rates und der Kommission

gemäß Artikel 103 Absatz 2 der Geschäftsordnung

von Pasqualina Napoletano, Véronique De Keyser, Hannes Swoboda, Carlos Carnero González und Béatrice Patrie

im Namen der PSE-Fraktion

zur Lage im Nahen Osten

**Entschließung des Europäischen Parlaments zur Lage im Nahen Osten**

*Das Europäische Parlament,*

- unter Hinweis auf seine früheren Entschließungen zur Lage im Nahen Osten und insbesondere diejenige vom 16. November 2006 zur Lage im Gaza-Streifen,
  - in Kenntnis der Resolutionen Nr. 242 (1967), 338 (1973), 1559 (2004), 1701 (2006) und 1757 (2007) des UN-Sicherheitsrates,
  - in Kenntnis der Schlussfolgerungen des Rates „Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen“ vom 23. April 2007 sowie vom 24. Mai 2007,
  - unter Hinweis auf die Erklärung des Nahost-Quartetts vom 30. Mai 2007,
  - gestützt auf Artikel 103 Absatz 2 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass vor vierzig Jahren der Krieg stattgefunden hat, der mit der Besetzung des Gazastreifens, des Westjordanlandes und der Golan-Höhen durch Israel endete,
- B. in der Erwägung, dass mangelnde Fortschritte bei den Bemühungen um einen gerechten und dauerhaften Frieden zwischen Israelis und Palästinensern sowie zwischen Israel und den arabischen Ländern zu einem Stillstand im Friedensprozess im Nahen Osten geführt haben,
- C. in der Erwägung, dass die wirtschaftliche und soziale Situation in den besetzten palästinensischen Gebieten sich weiter dramatisch verschlechtert und zu einer tiefen humanitären Krise im Gazastreifen und zu verschärften politischen Spannungen geführt hat,
- D. in der Erwägung, dass der Ausbruch gewalttätiger Auseinandersetzungen zwischen den beiden wichtigsten Gruppen der Palästinenser die Bemühungen von Präsident Abbas und der palästinensischen Regierung der nationalen Einheit um eine Bewältigung der gegenwärtigen Krise untergraben und die Region an den Rand eines Bürgerkriegs gebracht haben,
- E. in der Erwägung, dass die Restriktionen bezüglich des freien Warenverkehrs und der Freizügigkeit, die Errichtung der Mauer und die Einbehaltung der Steuer- und Zolleinnahmen eine Lösung des Konflikts zwischen Israelis und Palästinensern erheblich behindern,
- F. in der Erwägung, dass die Entscheidung des Nahost-Quartetts, die direkten Hilfen für die Palästinensische Autonomiebehörde auszusetzen, zu einer Verschärfung der Krise beigetragen hat, trotz des vorläufigen internationalen Mechanismus (TIM) und der Erhöhung der Projekthilfe der EU, sowie dass die derzeitige internationale Hilfe und

Unterstützung nicht ausreicht, um die gegenwärtige Krise zu bewältigen,

- G. in der Erwägung, dass die palästinensische Regierung der nationalen Einheit, die nach dem Abkommen von Mekka vom 8. Februar 2007 auf Forderung der internationalen Gemeinschaft gebildet wurde, auf einer Plattform beruht, die die Schaffung eines palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967, die Ablehnung von Gewalt und die Einhaltung der bereits von der PLO unterzeichneten Abkommen fordert, und daher den Anforderungen des Quartetts Rechnung trägt; in der Erwägung, dass die Verpflichtung der Regierung, auf der Grundlage dieser Plattform zu handeln, von Außenminister Ziad Abu Amr anlässlich seines kürzlich erfolgten Besuchs im Europäischen Parlament bestätigt wurde,
- H. in der Erwägung, dass durch Raketen, die radikale Palästinenser auf die Stadt Sderot abgefeuert haben, Zivilisten getötet und verletzt wurden, sowie in der Erwägung, dass den jüngsten Militärschlägen der israelischen Truppen und den gezielten Morden palästinensische Zivilisten zum Opfer fielen,
- I. in der Erwägung, dass die Wiederbelebung der arabischen Friedensinitiative auf dem Gipfel der Arabischen Liga vom 29. März 2007 in Riad nach Jahrzehnten, die von Kriegen und Konflikten zwischen Israelis und Palästinensern sowie Israel und den arabischen Ländern geprägt waren, eine neue und glaubwürdige Chance für eine umfassende friedliche Lösung in der Region eröffnet hat,
- J. in der Erwägung, dass am 20. Mai 2007 im Flüchtlingslager Nahr al Bared im Nordlibanon und später im Flüchtlingslager Ein al Hilweh Kämpfe zwischen eingeschleusten radikalen Gruppen mit Kontakten zu Al-Qaida und der libanesischen Armee ausgebrochen sind, bei denen mehr als 100 Menschen ums Leben kamen,
- K. in der Erwägung, dass die Notsituation wieder einmal deutlich macht, in welcher schlimmer Lage sich die palästinensischen Flüchtlinge im Libanon befinden,
- L. in der Erwägung, dass der UN-Sicherheitsrat am 30. Mai 2007 die Resolution 1757 verabschiedet hat, mit der nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen ein internationales Tribunal eingesetzt wird, das gegen die Mörder des libanesischen Ministerpräsidenten Rafiq al-Hariri 2005 und anderer Opfer einer Reihe weiterer politischer Morde verhandeln soll,
- M. in der Erwägung, dass seine Delegation für die Beziehungen zu dem Palästinensischen Legislativrat vom 30. April bis 3. Mai 2007 in den Gazastreifen und das Westjordanland gereist ist,
  - 1. bekundet seine tiefe Sorge über die möglichen gravierenden Konsequenzen der derzeitigen Krise im Nahen Osten, einschließlich weiterer militärischer und terroristischer Übergriffe sowie einer verstärkten Radikalisierung, was die bereits instabile politische Lage in der Region weiter sabotiert;
  - 2. äußert seine tiefe Sorge über den neuen Zyklus der Gewalt und die sich verschlechternden wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bedingungen in Palästina; fordert alle palästinensischen Gruppen auf, die internen Zusammenstöße zu beenden und das

bestehende Waffenstillstandsabkommen zu respektieren;

3. fordert die Regierung auf, alle Abkommen und Verpflichtungen, einschließlich der von der PLO unterzeichneten Abkommen, zu respektieren, auf deren Grundlage die palästinensische Regierung der nationalen Einheit gebildet wurde, und alles in ihrer Macht stehende zu tun, um sie umzusetzen;
4. ist der Auffassung, dass das politische Programm, das die Grundlage der palästinensischen Regierung der Nationalen Einheit bildet, den Anforderungen des Quartetts entspricht; fordert den Rat und die Kommission nachdrücklich auf, umfassend mit dieser Regierung zusammenzuarbeiten, ihre Politik und ihre Maßnahmen regelmäßig zu bewerten und die notwendige politische und finanzielle Unterstützung zu leisten, damit sie ihr politisches Programm umsetzen kann;
5. begrüßt den Beschluss des Nahost-Quartetts, den vorläufigen internationalen Mechanismus bis Ende 2007 zu verlängern; fordert nichtsdestotrotz die Wiederaufnahme der direkten Finanzhilfen der EU für die Palästinensische Nationalbehörde, um dem Risiko ihres Zusammenbruchs entgegenzuwirken und einen Mindestlebensstandard für die Palästinenser zu sichern; fordert eine Ausweitung der internationalen und regionalen Unterstützung;
6. fordert die israelische Regierung auf, wieder die Steuer- und Zolleinnahmen zu überweisen, die ca. 60 % des Haushalts der Palästinensischen Autonomiebehörde ausmachen;
7. fordert die israelischen Staatsorgane auf, unverzüglich alle inhaftierten palästinensischen Minister, Mitglieder des Palästinensischen Legislativrates und Bürgermeister freizulassen; fordert die unverzügliche Freilassung des Unteroffiziers Gilad Shalit und des BBC-Journalisten Alan Johnston;
8. ersucht den Rat, im Rahmen des Nahost-Quartetts konkrete Schritte zu unternehmen, um die Initiative zu fördern, mit dem Einverständnis aller betroffenen Parteien eine internationale Militärtruppe zur Sicherung des Grenzgebiets zwischen dem Gazastreifen, Israel und Ägypten zu entsenden, um die Gewalt einzudämmen, die Zivilbevölkerung zu schützen und die Voraussetzungen für einen konstruktiven Dialog wiederherzustellen;
9. begrüßt die Tatsache, dass nach der Wiederaufnahme der arabischen Friedensinitiative einige positive Schritte erfolgt sind, vor allem das Treffen zwischen den EU-Außenministern und der Arabischen Liga am 14. Mai 2007 sowie die außerordentliche Sitzung der Konferenz der Präsidenten des Europäischen Parlaments am 15. Mai 2007; betont jedoch, dass weitere wesentliche Schritte unternommen werden müssen, um den Friedensprozess wieder in Gang zu bringen und diese neue Chance für eine umfassende und dauerhafte Lösung zu ergreifen, die auf der Existenz zweier demokratischer, souveräner und lebensfähiger Staaten basiert, die innerhalb sicherer und gemäß den einschlägigen Resolutionen des UN-Sicherheitsrates international anerkannter Grenzen friedlich Seite an Seite bestehen;
10. fordert den Rat und die Kommission auf, alle erforderlichen Mittel bereitzustellen, um das internationale Tribunal, das für die Verfahren gegen die Mörder des libanesischen

Ministerpräsidenten Rafiq al-Hariri und von Opfern einer Reihe weiterer politischer Morde in Libanon zuständig ist, in die Lage zu versetzen, effektiv zu arbeiten und sein Mandat zu erfüllen; fordert alle libanesischen Parteien dringend auf, dieses Tribunal zu unterstützen, und appelliert an Syrien, bezüglich dessen Tätigkeit umfassend zu kooperieren;

11. würdigt die Tatsache, dass es der libanesischen Regierung und den Parteien trotz der jüngst verzeichneten Zunahme der Gewalttaten, die von externen Terrornetzwerken verursacht wurde, gelungen ist, eine weitere Verschärfung und Eskalation der internen politischen Krise im Land zu vermeiden; unterstreicht diesbezüglich die wichtige Rolle der UNIFIL; fordert erneut die Wiederaufnahme des Dialogs der nationalen Einheit, um Meinungsverschiedenheiten auszuräumen und im Vorfeld der für den Herbst dieses Jahres geplanten Präsidentschaftswahlen ein Regierungsvakuum zu vermeiden; begrüßt alle Initiativen, die auf eine Erleichterung dieses Dialogs abzielen;
12. fordert die libanesische Regierung dringend auf, alle Anstrengungen zu unternehmen, um jeglicher Form von Diskriminierung der palästinensischen Flüchtlinge ein Ende zu machen; fordert diesbezüglich den Rat und die Kommission nachdrücklich auf, im Rahmen des Aktionsplans die notwendige Unterstützung zu leisten;
13. fordert die unverzügliche Freilassung der beiden entführten israelischen Soldaten Eldad Regev und Ehud Goldwasser;
14. bekräftigt seine Hoffnung, dass die verschiedenen Bemühungen, die auf eine Wiederaufnahme des Dialogs zwischen Syrien, seinen Nachbarländern und der internationalen Gemeinschaft abzielen, zu einem positiven Ergebnis führen werden;
15. fordert den Rat auf, alles in seiner Macht stehende zu tun, um nach dem Vorbild der Madrider Konferenz von 1991 eine internationale Friedenskonferenz einzuberufen, um auf der Grundlage der einschlägigen Resolutionen des UN-Sicherheitsrates eine umfassende, dauerhafte und tragfähige Lösung der Probleme in der Region herbeizuführen;
16. beauftragt seinen Präsidenten, diese EntschlieÙung dem Rat, der Kommission, dem Hohen Vertreter für die GASP, dem Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde, dem Palästinensischen Legislativrat, der Knesset und der israelischen Regierung, dem Parlament und der Regierung des Libanon, dem Parlament und der Regierung Syriens sowie dem Generalsekretär der Arabischen Liga zu übermitteln.